

Die Ukraine, Russland und die Deutschen

1990/91 bis heute

Herausgegeben von
Sybille Steinbacher
und Dietmar Süß

Dachauer Symposien

zur Zeitgeschichte

Wallstein



Die Ukraine, Russland und die Deutschen

Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte

Bd. 21

Herausgegeben im Auftrag der Stadt Dachau
und des Max-Mannheimer-Hauses. Studienzentrum
und Internationales Jugendgästehaus
von Sybille Steinbacher

Die Ukraine, Russland und die Deutschen

1990/91 bis heute

Herausgegeben von
Sybille Steinbacher und Dietmar Süß



WALLSTEIN VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2024
www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond
Umschlagkonzept: Basta Werbeagentur, Steffi Riemann

ISBN (Print) 978-3-8353-5508-8
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-8623-5

INHALT

SYBILLE STEINBACHER UND DIETMAR SÜB

»Zeitenwende« in der Geschichtspolitik?

Die Ukraine, Russland und die Deutschen. 1990/91 bis heute.

Einführung 9

Zur Auflösung der Gesellschaft Memorial in Russland

NATALIA KOLYAGINA

Offizielles und inoffizielles Gedenken an den sowjetischen
Terror in Russland.

Die Gesellschaft Memorial im Kontext staatlicher

Geschichtspolitik (1989-2022) 23

I. Bruderländer?

Die Ukraine und Russland in den 1990er Jahren

MARTIN AUST

Indifferenz, Differenzierung und Neo-Imperialismus.

Russland und das Erbe der Imperien seit 1991 45

FRANZISKA DAVIES

Verdrängen, erinnern, aufarbeiten.

Vom Umgang mit Holodomor und Holocaust in der Ukraine . . . 61

JAN ZOFKA

Aufstieg und Fall der prorussländischen Bewegung.

Die Krim während und nach dem Zerfall der Sowjetunion 90

II. Verbrechensgeschichte.
Vom Umgang mit dem Nationalsozialismus
und dem Zweiten Weltkrieg

VOLKHARD KNIGGE	
Zwischen Verdammung, Mobilisierung, Erkenntnis und falscher Selbstberuhigung. Zu Triftigkeit und Funktionen von NS-Vergleichen im Kontext von Russlands völkerrechtswidrigem Angriffskrieg gegen die Ukraine	115
KATJA MAKHOTINA	
Kriegserinnerung in Zeiten des Krieges. Opferheterik in der Geschichtspolitik Russlands (2020-2023) . . .	145
TIMM SCHÖNFELDER	
Radikalisierte Geschichte. Putins Propaganda und der Angriff auf die Ukraine	162

III. Kriegszeiten.
Die Idee vom russischen Imperium im postimperialen Zeitalter

JOACHIM VON PUTTKAMER	
Entmilitarisierung und Entnazifizierung. Putins Kriegsziele in der Ukraine	187
ALENA ALSHANSKAYA	
Einmarsch der »Russischen Welt«. Die Propaganda der Russisch-Orthodoxen Kirche und die Legitimation von Russlands Krieg gegen die Ukraine . . .	205

IV. Podiumsdiskussion

Der 24. Februar 2022: Eine geschichtspolitische Zäsur? Podiumsdiskussion mit Martin Aust, Franziska Davies, Katja Makhotina, Joachim von Puttkamer, Irina Scherbakowa und Dietmar Süß (Moderation)	229
Dank	239
Autorinnen und Autoren	241
Personenregister	243

SYBILLE STEINBACHER UND DIETMAR SÜß

»Zeitenwende« in der Geschichtspolitik?
Die Ukraine, Russland und die Deutschen.
1990/91 bis heute

Einführung

Was heute die richtige Entscheidung sei? Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, so der Sänger der »Toten Hosen«, Campino, fühle es sich derzeit so an, »als ob die Welt über uns zusammenstürzt – da muss man sich und seine Positionen natürlich auch hinterfragen und womöglich seinen Glauben justieren. Ich persönlich habe den Kriegsdienst 1983 verweigert. Das würde ich heute, unter diesen Umständen, wenn ich jetzt meine Einberufung bekäme, wahrscheinlich nicht mehr tun.«¹ Gerade, so Campino, lernten wir in Europa, »warum wir eine Wertegemeinschaft sein müssen«. Denn dies habe »leider auch etwas mit Aufrüstung zu tun. Wir können es uns nicht leisten, völlig wehrlos gegenüber Despoten zu sein, wie Putin einer ist, der alte Machtfantasien auslebt. So einen Mann kann man nur stoppen, wenn er auch Respekt vor der Gegenseite hat.« Das sei alles insgesamt »eine dramatische Tragödie, denn alle diese Gelder, die wir in Zukunft für Rüstung ausgeben werden, könnten wir verdammt nochmal für unser Sozialsystem, Kitas, Schulen, öffentliche Infrastruktur und nicht zuletzt den Kampf gegen den Klimawandel gebrauchen.« Angesichts dieser »Weltlage« sei auch er derzeit vor allem eines: »ratlos«.

Das Interview mit Campino entstand im Vorfeld der großen Jubiläums-Tournee 40 Jahre »Tote Hosen«, deren Bandkarriere selbst ein Stück bundesrepublikanischer Zeitgeschichte ist und in der sich manche der protestkulturellen Veränderungen seit den achtziger Jahren wiederfinden lassen, die auch andere Teile des alternativen Milieus und ihrer politischen Repräsentanten prägen. Der Verlust alter Gewissheiten, von denen Campino sprach, war und ist Teil der gesellschaftlichen Kontroverse um den Charakter der »Zeitenwende«, den Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung am 27. Februar 2022 unmittelbar nach dem

Überfall Russlands auf die Ukraine formuliert hatte.² Welche Rolle sollte künftig das Militär spielen? Wie weit dürfe, ja müsse die Solidarität mit der Ukraine gehen angesichts der historischen Erfahrungen von Diktatur und Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert?

Fünf zentrale Punkte waren dem SPD-Kanzler wichtig: Die militärische Unterstützung der Ukraine, die Ausdehnung weitgehender Sanktionen gegen Russland, die Unterstützung der ostmitteleuropäischen Staaten im NATO-Verbund gegen die Bedrohung aus Moskau, umfangreiche Investitionen in die Bundeswehr und neues militärisches Gerät – Stichwort: Sondervermögen – und eine Wende in der Energiepolitik, die Deutschland aus der selbstgewählten Abhängigkeit vom russischen Gas befreit. Historische Bezüge gab es unterschiedliche. Die »Zeitenwende« sei eine Antwort auf die neue russisch-imperiale Politik, deren Vorläufer Scholz in der Großmächtepolitik des späten 19. Jahrhunderts sah. »Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf, ob wir es Putin gestatten, die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts, oder ob wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen. Das setzt eigene Stärke voraus.« Es brauchte also eine Antwort auf jene »Zeitenwende«, deren Motor in Moskau saß und nun das System internationaler Sicherheit in Europa nicht nur gefährdete, sondern grundstürzend und mit brutalen Mitteln zu revidieren versuchte. Angesichts der imperialen Politik reichten diplomatische Instrumente nicht aus. Und so müsse nun auch die Bundesrepublik stärker als zuvor ihren militärischen Anteil für die Verteidigung der Ukraine und Europas leisten. Scholz verzichtete hier zunächst auf jene Verweise, die in anderen Teilen der Debatte um die neue Rolle der Bundesrepublik und die militärische Unterstützung der Ukraine ebenfalls wichtig waren: Hatte es sich Deutschland im Schatten des Nationalsozialismus allzu lange einfach gemacht mit seiner militärischen Zurückhaltung? Hätte aus dem »Nie wieder Auschwitz« nicht folgen müssen: Nicht weniger, sondern gerade mehr Geld in Waffen zu investieren? Würde sich nicht jetzt gerade diese Politik der Zurückhaltung rächen? Und hätte nicht am Ende doch der einstige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler recht behalten mit seiner umstrittenen These, der Pazifismus der dreißiger Jahre habe Auschwitz erst möglich gemacht? Scholz bediente sich bei seiner »Zeitenwende«-Rede nicht solcher Zuspitzungen. Er erinnerte dagegen daran, dass »dieser Krieg« Putins Krieg sei. »Diese Differenzierung«, so Scholz, sei ihm wichtig: »denn die Aussöhnung zwischen Deutschen und Russen nach dem Zweiten Weltkrieg ist und bleibt ein wichtiges Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte.« Scholz sprach hier – indirekt – über beides: über den deutschen Ver-

nichtungskrieg gegen die Sowjetunion, die zähen antikommunistischen und antislawischen Ressentiments der alten Bundesrepublik mit ihrer langlebigen Abneigung, die eigene Verbrechen Geschichte offensiv zu problematisieren, und jenen schwierigen Aussöhnungsprozess, dessen Fundament er in der Ost- und Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition erkannte. Scholz redete hier zudem als sozialdemokratischer Bundeskanzler, der das Erbe von Willy Brandt, Helmut Schmidt und auch von Gerhard Schröder antrat – ein Erbe, das für viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gewissermaßen die friedenspolitische DNA ihres außenpolitischen Selbstverständnisses bildete und das nun angesichts des russischen Angriffskrieges als eine der Ursachen für die Blindheit und Ignoranz gegenüber Putin galt.

Es sind also unterschiedliche, miteinander verflochtene Dimensionen, die die Auseinandersetzung um die »Zeitenwende« begleiten. Die Unterscheidung zwischen Erfahrungs- und Deutungsäsuren, wie sie Martin Sabrow vorgeschlagen hat,³ hilft dabei, zwischen den individuellen Aneignungen und kollektiven Wahrnehmungen historischer Ereignisse einerseits und retrospektiven historiografischen Periodisierungsvorschlägen andererseits zu unterscheiden. Damit lässt sich die Rede von der »Zeitenwende« als Möglichkeit begreifen, einem außerordentlichen Ereignis einen spezifischen Sinn zu geben, ganz ähnlich, wie es Bundesaußenministerin Annalena Baerbock mit ihrer Formel am Tag nach dem russischen Überfall auf die Ukraine getan hat: »Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht.«⁴ Keineswegs an allen Orten der Welt stieß dieser Satz auf Zustimmung und doch beschreibt er offenkundig einen in jeder Hinsicht existenziellen Moment, der – wie bei Campino – dazu führte, die eigenen politischen Positionen und lebensweltlichen Entscheidungen zu hinterfragen.

Erfahrungs- und Deutungsäsuren sind gleichwohl eng aufeinander bezogen, wie die Kontroversen um den »Kern« der »Zeitenwende« deutlich machen. Dabei geht es erstens um das Verhältnis der Bundesrepublik zum Militärischen und die Prägekraft des Pazifismus. Die politische Debatte hat dafür zwei Gesichter ausgewählt, anhand derer sie diese »Zeitenwende« personalisiert: Mit dem »neuen« Anton Hofreiter, dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, einerseits, der sich vehement schon frühzeitig für Waffenlieferungen unterschiedlicher Art einsetzte, und andererseits mit Rolf Mützenich, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, dessen lange militärpolitische Zurückhaltung als Sinnbild für das überkommene friedensbewegte Erbe der alten Bundesrepublik gilt. Damit steht noch einmal neu eine historische Kontroverse im Mittelpunkt, die nicht zum ersten Mal geführt

wird, nun aber unter veränderten politischen Vorzeichen: Der Streit um die Rolle der Friedensbewegung, den NATO-Doppelbeschluss und eine mögliche Beteiligung Deutschlands an einem Krieg. Der Krieg war nach Europa nicht erst mit dem russischen Überfall »zurückgekehrt«, und doch wirkten Kontroversen wie die um den Rücktritt des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler tatsächlich wie aus einer anderen Zeit. Köhler hatte im Kontext des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr die Möglichkeit ins Spiel gebracht, dass militärische Mittel möglicherweise auch zum Einsatz kommen könnten, um Handelswege zu sichern – und damit einen Sturm der Entrüstung losgetreten, der insbesondere auf eine mögliche Militarisierung der deutschen Außenpolitik zielte und eine grundgesetzwidrige Verwendung der Bundeswehr beklagte. Pazifistische und solche Positionen, die auf eine besondere deutsche Zurückhaltung in militärischen Fragen drängten oder skeptisch gegenüber den Eigenlogiken der Rüstungsindustrie blieben, waren zwar durchaus noch, und bisweilen ziemlich schrill, hörbar, aber sie fanden beispielsweise selbst bei den Grünen/Bündnis 90 nur noch geringe Resonanz angesichts der akuten militärischen Bedrohung der Ukraine.

Eine zweite Dimension der Debatte verweist auf die Kontinuitäten und Brüche des deutschen Umgangs mit Diktaturen und gewalttätigen Regimen nach 1945.⁵ Die Suche nach neuen Partnern in der Energiepolitik hat nicht nur den deutschen Wirtschaftsminister auch in jene Regionen der Welt geführt, die nicht gerade bekannt für ihre aktive Menschenrechtspolitik sind – ein Zwiespalt, der historisch aber keineswegs so einmalig ist, wie er auf den ersten Blick scheint. Neu ist eher, dass sich seit den siebziger Jahren eine eigene Sprache der Menschenrechte und mit ihr neue Akteure auf dem Feld der internationalen Politik etablierten, die der Auseinandersetzung um die Legitimität politischer Beziehungen eine neue Richtung gaben. Die Prioritäten der Außenwirtschaftspolitik hatten schon in den siebziger Jahren die deutsche Energiepolitik bestimmt – damals aber galt die Sowjetunion in ökonomischen Fragen als deutlich zuverlässiger als beispielsweise die Erdöl liefernden OPEC-Länder, zu denen neben dem Irak und dem Iran ja auch Kuwait oder Saudi-Arabien gehörten. Mit Diktaturen Geschäfte zu machen – mit all den dazugehörigen Widersprüchen, Konflikten und nationalen, europäischen Interessen – prägt die Geschichte der Bundesrepublik von Beginn an und verstärkt seit dem Ölpreisschock von 1973. Was also sind die Prioritäten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik? Und hatte am Ende die Ost- und Entspannungspolitik der 1970er Jahre die russische Aggressionspolitik begünstigt und zu einer indifferenten Haltung gegenüber den sicherheitspolitischen Bedürfnissen Ostmitteleuropas beigetragen?

Drittens schließlich berührt die Auseinandersetzung um den Charakter der »Zeitenwende« das politische Erbe und die »richtigen Lehren« aus der Geschichte des Nationalsozialismus.⁶ Es hat lang gedauert, bis in den neunziger Jahren mit der Debatte um die Wehrmachtausstellung die deutschen Verbrechen des Vernichtungskrieges überhaupt in den Blick einer breiteren Öffentlichkeit geraten sind. Fast vergessen sind die teils erbitterten Auseinandersetzungen um die Rolle deutscher Soldaten, über die Politik der »verbrannten Erde« und die Möglichkeiten gemeinsamer deutsch-russischer Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg. Vielerorts gab es durchaus Vorbehalte, überhaupt an das Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener zu erinnern, und der Weg war weit, bis beispielsweise der rund 4.000 sowjetischen Kriegsgefangenen gedacht werden konnte, die zwischen 1941 und 1942 auf dem SS-Schießplatz des Konzentrationslagers Dachau, in Hebertshausen, ermordet wurden. Was heute als vermeintlicher erinnerungskultureller Konsens der »Berliner Republik« gedeutet und bisweilen beklagt wird, war lange umstritten und gehörte über Jahre nicht zum bundesrepublikanischen Selbstverständnis. Manch einer mochte es (bisweilen mit Abscheu) so empfinden: Aber ein selbstkritischer »Vergangenheitsweltmeister« war die Bundesrepublik keineswegs. Das »Projekt der historischen Aufklärung« (Martin Sabrow),⁷ das sich auch als eine Art generationelle Selbstbeschreibung lesen lässt, war deutlich umkämpfter und womöglich deutlich weniger tief gesellschaftlich verankert, als es in den 2010er Jahren den Anschein hatte. Die Affäre um das neonazistische Flugblatt aus dem Schulranzen des bayerischen Wirtschaftsministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger hat einmal mehr deutlich werden lassen, dass es sich dabei keineswegs nur um eine weitere geschichtsrevisionistische Attacke aus dem Umfeld der AfD handelt. Vielmehr zeigt sich hier eine deutlich bereitere Unterstützung, die bis in die »Mitte« der Gesellschaft reicht. Zu den Paradoxien der Gegenwart gehört, dass es ausgerechnet der organisierte Rechtsextremismus ist, der sein Heil im autoritär-neoimperialen Russland sucht und nun Seite an Seite mit dem Putin-Regime des Kriegsendes 1945 gedenkt und von neuen ethnokulturellen Einflussphären träumt.

Es dürfte keinen Zweifel geben, dass es die erst mühsam etablierten Erinnerungformen im Umgang mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen angesichts des russischen Überfalls künftig deutlich schwerer haben werden.⁸ Sie sind begleitet davon, dass mit dem gegenwärtigen Krieg die deutschen Massenverbrechen in der Ukraine und in den baltischen Ländern zunehmend – und aus guten Gründen – stärker in den Mittelpunkt gerückt sind und sich damit die Erinnerungslandschaft

verändert. Viel zu lange waren sie vergessen oder sind aktiv vergessen worden – und das weit vor dem Februar 2022. Der Krieg gegen die Ukraine hat viele der Schauplätze des deutschen Vernichtungskrieges in die Abendnachrichten gebracht, deren Verortung vielfach nur denjenigen leichtfiel, die einen genauen Blick in die Wehrmachtsalben ihrer Groß- und Urgroßväter geworfen hatten. Geschichte als politische Legitimationsstrategie hat nicht erst in diesem Krieg eine zentrale Funktion moralischer Sinnstiftung und politischer Mobilisierung. Sie ist zentrale Waffe der russischen Kriegspropaganda, markiert Feind und Freund, Innen und Außen, soll Hoffnung geben und territoriale Ansprüche markieren.

Das Dachauer Symposium 2022, dessen Planung selbst unter dem Eindruck des Krieges stand und damit Teil der widersprüchlichen Aneignung von Erfahrung und Deutung war, stellte diese Frage ins Zentrum: Inwiefern bedeutete der 24. Februar 2022 auch eine geschichtspolitische Zäsur? Der russische Krieg gegen die Ukraine ist auch – und schon lange vor dem Überfall – ein geschichtspolitischer Kampf um staatliche Legitimität und Eigenständigkeit, um Grenzen, um die Nationalisierung und Verstaatlichung historischer Gedächtnisse und Gewalterfahrungen. Diese Erinnerungskämpfe um eine neue »patriotische Geschichte« haben nicht nur in Lehrpläne eingegriffen, sondern auch zu einer Änderung der russischen Verfassung geführt, die dem Staat nun den »Schutz der historischen Wahrheit« überträgt. Nach innen hat diese Form der Verstaatlichung pluraler historischer Gedächtnisse den Aktionsradius von Menschenrechtsorganisationen wie *Memorial* zunächst immer weiter eingeschränkt und dann kurz vor Kriegsbeginn aufgelöst. Nach außen führten die historisch begründeten neoimperialen Machtansprüche dazu, dass nationale Unabhängigkeit mit dem Begriff des »Faschismus« denunziert und als Teil einer neonazistischen und pro-westlichen Verschwörung umgedeutet wurde. Wladimir Putin hat hier die Rolle nicht nur des autoritären Staatsführers, sondern auch des obersten Historikers des Landes übernommen, indem er die russisch-ukrainische Geschichte in langen, gewundenen Linien den unmittelbaren imperialen Hegemonialansprüchen unterworfen hat. Ein eigenständiger, gar westlich eingebundener, ukrainischer Nationalstaat hat hier keinen Platz. Die geschichtspolitischen Konflikte reichen jedoch tiefer und sind auch komplexer als die konstruierten 1.000-jährigen Kontinuitätslinien im historischen Denken Putins.

Die Geschichte der Ukraine war im 20. Jahrhundert eine Geschichte von Massengewalt und Massenverbrechen.⁹ Krieg, stalinistischer Terror und Hungerpolitik, nationalsozialistische Besatzungs- und Vernichtungspolitik, Holocaust und »Holodomor« – sie prägten und prägen

das Land; eine Geschichte der Gewalt, die Timothy Snyder – nicht unumstritten – als »Bloodlands« beschrieben hat,¹⁰ innerhalb derer unterschiedliche Opfergruppen um Anerkennung und Aufmerksamkeit ringen. Der Holodomor als »Genozid« – ähnlich wie der Holocaust? Die ukrainische Hungersnot gar als Ausdruck eines »jüdisch-bolschewistischen« Verbrechens? Antisemitische Verschwörungstheorien und nationale Anerkennungskämpfe überlagern sich vielfach und unterliegen eigenen Konjunkturen, wobei sich die geschichtspolitischen Kontroversen, auch um den Begriff des Genozid, seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 noch einmal ausgeweitet haben. In Deutschland haben diese Debatten, in der auch das ukrainische Exil eine wichtige Rolle spielt, kaum Aufmerksamkeit erfahren. Auf der imaginären erinnerungskulturellen deutschen Landkarte war in der breiten Öffentlichkeit kein Platz für Orte von Massenverbrechen wie in Babyn Jar, Drobyzkyj Jar oder Kamjanez-Podilskyj. Ob der Krieg gegen die Ukraine tatsächlich zu einer geschichtspolitischen Zäsur führt oder zu einem erweiterten historischen Blick auf die nationalsozialistischen Massenverbrechen, ist indes noch völlig offen. Gut möglich, dass nach der anfänglichen Solidaritätswelle für die Ukraine bald schon wieder die Politik der Indifferenz dominiert. Denn zugleich gibt es nicht nur ein wachsendes Unbehagen an einer ritualisierten, selbstgenügsamen und damit belanglosen Gedenkkultur, die zwar die Bedeutung nationalsozialistischer Gewalt für die Gegenwart und das »Nie wieder« betont, zugleich aber, wie das Volkhard Knigge mit guten Gründen beklagt, »die emanzipatorischen Aufklärungs- und Einspruchspotentiale historischer Erkenntnis zugunsten von Vergemeinschaftung und kollektiver Identität in den Hintergrund« dränge¹¹ und zu einem »politisch und moralisch eingespurten, kenntnisarmen, oft stereotypisierten und in erster Linie antiquarischen und affirmativen Erinnerungswort«¹² führe.

Unser Band greift diese Fragen auf und versucht, die geschichtspolitischen Debatten der Gegenwart angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine historisch zu verorten. Das geschieht in dem Wissen, dass solche Historisierungen in Echtzeit immer begrenzt bleiben müssen. Sie sind Momentaufnahmen – aber doch auch etwas mehr als das. Denn die Beiträge zielen darauf, die unterschiedliche Bedeutung von Geschichte und Geschichtspolitik als Waffe des Krieges zu kontextualisieren, längere Linien zu ziehen, die die Prägekräft der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts zu vermessen helfen. Im Mittelpunkt stehen damit die russisch-ukrainisch-deutsche Beziehungsgeschichte und ihre erinnerungskulturellen und machtpolitischen Verschiebungen seit Ende des Kalten Krieges. Welche Folgen hatte der

Zerfall der Sowjetunion für die Deutungen des Zweiten Weltkrieges und der Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts? Inwiefern konnten sich Gegenerzählungen zur staatlichen Geschichtspolitik etablieren und wer waren dafür die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure? Wie sehr prägten religiöse und andere Legitimationsformen den Krieg gegen die Ukraine und welche Rolle spielte die Erinnerung an die national-sozialistischen Verbrechen sowohl als Teil imperialer russischer Politik, aber auch für die deutsche Debatte über eine militärische Unterstützung der Ukraine? Hat die vielbeschworene »Zeitenwende« überhaupt den Umgang und den Stellenwert der Erinnerungen an die Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts verändert?

Dass der Band mit *Natalia Kolyaginas* Skizze der Aktivitäten der 1989 in Russland ins Leben gerufenen Menschenrechtsorganisation *Memorial* beginnt, ist kein Zufall, sondern Ausdruck der besonderen Bedeutung, die der Band den zivilgesellschaftlichen Initiativen und ihrem besonderen Engagement in einem heftig umkämpften Umfeld beimisst. *Memorial* wurde schon in den Jahren vor der Ausweitung des Angriffs auf die gesamte Ukraine von staatlicher russischer Seite geängelt und mit hohen Geldstrafen belegt, unter anderem wegen »ausländischer Agententätigkeit«. Ende 2021 erklärte das Oberste Gericht der Russischen Föderation die Gesellschaft für aufgelöst. Seither setzen Mitglieder von *Memorial* ihre Arbeit im Ausland fort. Es geht ihnen darum, die kritische öffentliche Erinnerung an die Geschichte der staatlichen Unterdrückung im Land zu bewahren und den geschichtspolitischen Umdeutungen des Putin-Regimes entgegenzuwirken. Ihr Engagement wird weithin wahrgenommen und gewürdigt: *Memorial* erhielt 2022 (zusammen mit dem Rechtsanwalt Ales Bjaljazki in Belarus und dem Zentrum für bürgerliche Freiheiten in der Ukraine) den Friedensnobelpreis.

Unter der Fragestellung »Bruderländer?« geht es im ersten Abschnitt unseres Bandes um das ukrainisch-russische Verhältnis in den neunziger Jahren. *Martin Aust* blickt auf seine eigenen Forschungen zurück, in denen er sich mit der Frage befasst hatte, wie Russland seit 1991 mit dem doppelten imperialen Erbe von Zarenreich und Sowjetunion umgegangen ist. Er fragt, ob seine Erkenntnisse angesichts der Geschehnisse vom Februar 2022 und ihren Folgen inzwischen womöglich zu revidieren seien. Denn mit Putins Neo-Imperialismus setzte bei dessen Rückkehr in das Amt des Präsidenten 2012 ein neuer Abschnitt der russischen Imperien-geschichte ein. Die historische Forschung, dies zeigt sich mithin, muss ihre Thesen auf den Prüfstand stellen. *Franziska Davies* nimmt die Massenverbrechen in den Blick, die sich im 20. Jahrhundert

in der Ukraine abspielten, und fragt, ob und wie darüber öffentlich nachgedacht wurde. Die Ukraine war einer der Hauptschauplätze des Holocaust und zudem die Region, in der Stalin zu Beginn der dreißiger Jahre mit einer staatlich herbeigeführten Hungersnot, später Holodomor genannt, ein Exempel statuieren wollte, um die dortige Bevölkerung zu unterwerfen und ihre nationale Identität zu schwächen. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Umgang mit Holocaust und Holodomor werden herausgearbeitet. Die Krim steht bei *Jan Zofka* im Mittelpunkt, der zeigt, wie intensiv seit der Zeit der Perestroika und dem Zerfall der Sowjetunion über den territorialen Status der Region gerungen wurde. Lokale Akteure spielten eine wichtige Rolle, und ihre Interessenkonflikte veranschaulichen die Bedeutung der prorussländischen Bewegung auf der Krim, deren Aufstieg und Niedergang nachgezeichnet werden. Immer spielte das Verhältnis zum Zentrum in Moskau eine entscheidende Rolle.

Unter dem Stichwort »Verbrechensgeschichte« ist der zweite Abschnitt des Bandes auf den Umgang mit dem Nationalsozialismus und den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg im Angesicht des Krieges in der Ukraine ausgerichtet. Nicht zuletzt geht es um die Frage, ob und wie Putins Angriff auf das Land die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit heute und in Zukunft womöglich verändern kann. *Volkhard Knigge* analysiert den Gebrauch und die geschichtspolitische Funktion von Vergleichen mit dem Nationalsozialismus, die eine lange Geschichte in der deutschen Politik wie in der Weltpolitik haben und im Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine Auftrieb und Zuspitzung erfuhren. »Faschismus«, »Nazitum«, »Vernichtungskrieg«, »Völkermord« und weitere einschlägige Begrifflichkeiten sind seither gängig, eingesetzt aus unterschiedlichen Bedürfnissen, nicht selten zur Legitimierung des Krieges. Die Geschichtspolitik, die Russland seit 2020 in Bezug auf die Kriegserinnerung an den Zweiten Weltkrieg, den Großen Vaterländischen Krieg, betreibt, ist das Thema von *Katja Makhotina*. Sie arbeitet heraus, wie von staatlicher Seite Opferrhetorik betrieben wird, um den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen: Russland als Opfer »des Westens«, als Staat, der einen Verteidigungskrieg führe – wie seinerzeit Stalin gegen das Deutsche Reich. Die »nationale Selbst-Viktimisierung« verschafft Putin Anhänger, löst aber auch Ablehnung aus. In Putins Kriegspropaganda, so *Timm Schönfelder*, lassen sich mehrere Eskalationsstufen ausmachen. Im Ergebnis läuft sie auf eine sich stetig radikalisierte Vorstellung von Geschichte und geschichtlicher Größe zu – mit den russischen Großmachtfantasien im Zentrum. Der autokratische Herrscher thront über seinen Unter-

tanen, ein Geschichtsbild, für das Putin Popularität erntet. Die Krim fungiert in diesem Denken als »tausendjähriger Stabilisationsanker«, und stetig wird »die historische Einheit der Russen und Ukrainer« beschworen.

Im dritten Teil des Bandes geht es um die Idee vom russischen Imperium im postimperialen Zeitalter, genauer: um die Entwicklung dieser Idee und die Frage, wie sie seit Februar 2022 in einem völkerrechtswidrigen Krieg umgesetzt wird, den Putin als »militärischen Spezial-einsatz« bagatellisiert. *Joachim von Puttkamer* analysiert anhand von Reden, die der russische Präsident unmittelbar vor dem Angriff auf die gesamte Ukraine gehalten hat, sowie anhand weiterer Ansprachen und Publikationen die – changierenden – Kriegsziele, die dieser verfolgt. Welche politischen und gesellschaftlichen Kontexte und Dynamiken dabei eine Rolle spielen, wird umfassend dargelegt. Evident ist, dass Putin die Ukraine als Schauplatz einer direkten Konfrontation mit dem Westen gewählt hat. Fluchtpunkt der Untersuchung ist der Umstand, dass sich an den russischen Kriegszielen die Aussicht auf mögliche Verhandlungen bemessen lassen muss. Wie *Alena Alshanskaya* zeigt, findet Putin in der Russisch-Orthodoxen Kirche eine wichtige Stütze seiner Kriegspropaganda. Hohe Kirchenfunktionäre unterstreichen mit vermeintlich religiösen Argumenten, wie notwendig der Krieg gegen die Ukraine sei. Druck von außen sind sie dabei nicht ausgesetzt. Die Formel von der »Russischen Welt« spielt für die Botschaft, die die Kirche in weite Bevölkerungskreise trägt, eine wichtige Rolle. Gemeint ist die Einheit der Russisch-Orthodoxen Kirche und der »historischen Rus'«. Verbunden mit der Beschwörungsformel ist eine grundsätzlich antiliberalen, antiwestliche Werte-Rhetorik.

Den Abschluss des Bandes bildet die Podiumsdiskussion des Dachauer Symposiums, die die verschiedenen Perspektiven wiedergibt, aus denen die Frage diskutiert wurde, inwieweit der 24. Februar 2022, der Tag des russischen Angriffs auf die gesamte Ukraine, als geschichtspolitische Zäsur zu werten ist. Irina Scherbakowa, Gründungsmitglied von *Memorial*, nahm an der Diskussion teil und machte eindringlich deutlich, wie bitter die Situation derzeit für die demokratische Opposition sei. Sämtliche Beiträge dieses Bandes der Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte führen die aktuelle Brisanz des Gewaltgeschehens in der Ukraine vor Augen und helfen dabei, die historischen Zusammenhänge zu begreifen und kritisch einzuordnen.

Mit Blick auf die Schreibweise von Personen- und Ortsnamen haben wir uns an der Duden-Transkription orientiert. Ukrainische Ortsnamen werden größtenteils aus dem Ukrainischen transkribiert. Variationen

mit etablierten deutschen Schreibweisen, etwa Krim/Krym, folgen der Absprache mit den Autorinnen und Autoren.

Anmerkungen

- 1 Wegen Ukraine: Campino zweifelt an Wehrdienstverweigerung, in: *Die Zeit*, 15. 5. 2022. Das Gespräch hatte Campino mit der dpa geführt.
- 2 Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode, Stenografischer Bericht, 19. Sitzung, 27. 2. 2022, Plenarprotokoll 20/19, S. 1050A-S. 1054D.
- 3 Martin Sabrow, Zäsuren in der Zeitgeschichte, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, S. 7-11, docupedia.de/zg/sabrow_zaesuren_vi_de_2013 (6. 11. 2023).
- 4 Statement von Außenministerin Annalena Baerbock im Anschluss an die Sitzung des Krisenstabes der Bundesregierung im Auswärtigen Amt zum russischen Angriff auf die Ukraine, in: *Auswärtiges Amt, Newsroom*, 24. 2. 2022, auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-ukraine/2513392 (3. 9. 2023).
- 5 Frank Bösch, *Deals mit Diktaturen. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, (erscheint) München 2024.
- 6 Volkhard Knigge (Hrsg.), *Jenseits der Erinnerung – Verbrechensgeschichte begreifen. Impulse für die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach dem Ende der Zeitgenossenschaft*, Göttingen 2022.
- 7 Martin Sabrow, *Zeitenwenden in der Zeitgeschichte*, Göttingen 2023.
- 8 Zur Diskussion vgl. u. a. Stephan Scholz, *Erinnerungskultur in der »Zeitenwende«. Die deutsche Weltkriegserinnerung und der Ukrainekrieg*, geschichtedergegenwart.ch/erinnerungskultur-in-der-zeitenwende-die-deutsche-weltkriegserinnerung-und-der-ukrainekrieg/ (1. 11. 2023); Franziska Davies, *Russlands Krieg gegen die Ukraine und die deutsche Erinnerungskultur*, in: *Ukraine-Analysen* 268, 4. 5. 2022, S. 9 f.
- 9 Ausführlich Andrij Portnov/Tetjana Portnova, *Ukrainische Geschichte. Interpretations- und Erklärungsansätze*, in: *Osteuropa* 6-8 (2022), S. 79-102. Ein breiter thematischer Überblick auch über geschichtspolitische Kontroversen in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Ukraine. Kampf um Unabhängigkeit. Geschichte und Gegenwart*, Berlin 2023.
- 10 Kritisch dazu u. a. Jürgen Zarusky, Timothy Snyders »Bloodlands«. Kritische Anmerkungen zur Konstruktion einer Geschichtslandschaft, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 60 (2012), S. 1-31.
- 11 Volkhard Knigge, *Statt einer Einleitung. Jenseits der Erinnerung – Verbrechensgeschichte begreifen. Impulse für die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach der Zeitgenossenschaft*, in: *Ders., Jenseits der Erinnerung (wie Anm. 6)*, S. 9-34, hier S. 14.
- 12 *Ebd.*, S. 32.

Zur Auflösung der Gesellschaft Memorial in Russland

NATALIA KOLYAGINA

Offizielles und inoffizielles Gedenken an den sowjetischen Terror in Russland

Die Gesellschaft Memorial
im Kontext staatlicher Geschichtspolitik (1989-2022)

Die Nachricht von der Verleihung des Friedensnobelpreises an »Memorial« im Oktober 2022 war erst wenige Stunden alt, da hatte die russische Justiz schon die Räume von »Memorial« beschlagnahmt. Der vorerst letzte Schlag war Teil jener repressiven Politik, mit der der russische Staat gegen viele zivilgesellschaftliche Organisationen vorging und sie zu angeblichen »ausländischen Agenten« machte. Der vorliegende Beitrag will die längeren Linien der Arbeit von »Memorial« skizzieren und dabei vor allem nach dem Verhältnis der »gemeinnützigen Internationalen Gesellschaft für historische Aufklärung, Menschenrechte und soziale Fürsorge »Memorial«¹ (im Folgenden *Memorial*) zum russischen Staat fragen. Dabei soll es besonders um die Bedeutung staatlicher Rhetorik und den Wandel geschichtspolitischer Prioritäten in Russland von den späten 1980er Jahren bis in die Gegenwart gehen. Die beiden im Zentrum der Analyse stehenden Akteure *Memorial* und staatliche Institutionen unterscheiden sich stark voneinander: in ihrem politischen Gewicht, ihren Zielgruppen, ihren finanziellen und institutionellen Ressourcen. Darüber hinaus vereinfacht jede Rede über »staatliche Narrative« mit Bezug auf die Vergangenheit den Begriff zwangsläufig, wenn der Staat als monolithische Institution mit einer kohärenten Sicht auf historische Ereignisse dargestellt wird. Dies trifft ganz offensichtlich nicht zu, denn die offizielle Sicht auf die Vergangenheit wird von einer Vielzahl von Akteuren vermittelt – von Präsidenten oder staatlichen Museen und Schulen – und häufig sind diese Positionen uneinheitlich und widersprüchlich. Die russische Politikwissenschaftlerin Olga Malinova schlägt deshalb vor, das historische Narrativ dann als offiziell zu betrachten, »wenn es sich in Texten und Praktiken artikuliert, die im Namen des Staates erfolgen«.²

Wenn ich also über die offizielle Erinnerung an die Sowjetzeit in Russland spreche, beziehe ich mich auf Rechtsakte, die den Zugang zu